

Wir protestieren!

gegen Vertreibung aus dem öffentlichen Raum und Ausschlüsse von sozialen Leistungen für EU-Bürger*innen

Die deutsche Regierung plant ein neues Gesetz, das sogenannte 'Tagelöhnerbörsen' verbieten soll. Wenn Menschen in Gruppen auf der Straße stehen und aus Sicht der Polizei den Eindruck erwecken, auf Arbeitgeber*innen zu warten, soll ihnen ein Platzverweis gegeben sowie Bußgeld gegen sie verhängt werden können. Die Repression wird sich so gegen die Arbeitnehmer*innen richten und schränkt die Handlungsmöglichkeiten gerade derjenigen ein, die ohnehin unter besonders prekären Bedingungen leben müssen. Außerdem sagt das Gesetzesvorhaben, dass EU-Bürger*innen, die nicht erwerbstätig sind und bisher weniger als ein Jahr gearbeitet haben, in der Regel vom Kindergeld ausgeschlossen werden sollen (es gibt Ausnahmen).

In verschiedenen Städten in Deutschland protestieren Menschen gegen das neue Gesetz und sagen: Wir sind dagegen! Diese Regelungen helfen nicht, sondern fördern Armut und Ausbeutung. Wir fordern, dass dieses Gesetzesvorhaben zurückgenommen wird! Alle Menschen sollen das Recht auf eine menschenwürdige Existenzsicherung und den Aufenthalt im öffentlichen Raum haben!

Am Freitag, den **5. April 2019 laden wir** vormittags ab **8:00 Uhr** in München an der **Kreuzung Goethestraße/Landwehrstraße** zu einem Infotisch ein – kommt vorbei!

Im Vorfeld dazu laden wir Euch herzlich zu einem Informations- und Diskussionsstreifen am Mittwoch, den **3. April 2019** um **17:00 Uhr** **im Infozentrum Migration und Arbeit** in der **Sonnenstraße 12** ein, um über das geplante Gesetz und mögliche Strategien dagegen zu sprechen.

**Gemeinsam gegen Kriminalisierung und organisierte
Leistungsverweigerung!**

#europainbewegung